

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

## Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

### Montenegro Antwort.

Cetinje, 2. Mai. (Amtliche Meldung.) Die Antwort Montenegro auf den letzten Schritt der Mächte lautet:

Die königliche Regierung hatte die Ehre, die Mitteilung der Großmächte vom 14. April (27./4.) zu empfangen. Sie glaubt diesen gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen und gleichzeitig der nationalen Sache, die ihr obliegt, gebührend Rechnung zu tragen, indem sie ihre Haltung durch Darlegung der Gründe

rechtfertigt, welche sie bestimmten, die Entscheidung der Großmächte bezüglich der Nord- und Nordostgrenze Albanien nicht ohne weiteres zur Kenntnis zu nehmen. Die königliche Regierung bedauert sehr, mit ihren Alliierten bezüglich der Abgrenzung Albanien nicht befragt worden zu sein, welches vom türkischen Reich durch die siegreichen Armeen der Verbündeten befreit wurde, und denen allein es seine politische Emanzipation verdankt. Andererseits bestimmen Albanien Grenzen das territoriale Verhältnis der alliierten Staaten und lösen gleichzeitig eine Anzahl politischer und wirtschaftlicher Interessen aus, die diese Staaten nicht gleichgültig lassen können. Die königliche Regierung kann insofern nicht umhin zu glauben, daß sich den Beratungen der Großmächte mit Notwendigkeit die Befragung der Verbündeten hätte aufzwingen müssen, insbesondere seit der Unterbreitung des Memorandums der Balkandelegierten in London, da die politische Entwicklung der Balkanstaaten tief und ausschließlich von der Gründung eines neuen albanischen Staates berührt wird. Die königliche Regierung glaubt überdies, daß, nachdem die Festlegung der Grenzen Albanien der Natur der Sache nach erst nach dem Abschluß des Friedens zwischen den Verbündeten und dem ottomanischen Reich durchgeführt werden könne, jede von den Großmächten ergriffene Maßnahme zwecks Räumung vormals besagter Plätze und besagter Gebiete, sowie zwecks Einstellung der Feindseligkeiten notwendigerweise eine Verletzung der Neutralität, d. h. des Rechtes der Verbündeten, als Kriegführender im ganzen Umfange des Schauplatzes des Balkankrieges zu operieren, und insofern eine willkürliche Verletzung der Grundlage für die Friedensverhandlungen mit dem ottomanischen Reich mit sich bringe. Die Regierung bedauert, daß die erwähnten Gründe ihr

nicht gestattet, Kenntnis zu nehmen von der Festlegung der fraglichen Grenzen.

insbesondere hinsichtlich der Regelung der Frage von Stutari und seines Gebietes, dessen Abgrenzung ganz zum Vorteil eines nicht existierenden Staates sicherlich sehr gegen die Intentionen der Großmächte, gegen die Sicherheit des montenegrinischen Staates und gegen seine allerwichtigsten Interessen gerichtet ist, was nach Ansicht der Regierung eine offensichtliche Ungerechtigkeit seitens der Großmächte bedeutet, die die Blockade der montenegrinischen Küste beschloffen haben, um einen Druck gegen Montenegro auszuüben wegen Aufgabe der Belagerung Stutaris. Nicht in der Absicht, den Willen Europas zu mißachten, sondern vielmehr in vollem Bewußtsein seiner nationalen Aufgaben weigerte sich die königliche Regierung, sich der Entscheidung zu unterwerfen, welche sie einer Stadt und eines Gebietes berauben würde, deren Besitz von ihr in Uebereinstimmung mit der Meinung der ganzen Nation als von wesentlicher Bedeutung für Montenegro angesehen wird. Von gleichem Geiste befehle und von gebieterischen Bedürfnissen seiner Erhaltung bestimmt, hatte sie die Ehre am 8. April (21./4.) im Einvernehmen mit den Verbündeten den Großmächten zu erklären, daß sie sich für die Unterhandlungen mit der Fozte das Recht vorbehalte, mit den Großmächten über die auf die Festlegung der Grenzen bezüglichen Fragen zu verhandeln. Unterdessen kapitulirte Stutari. Die königliche Regierung, von dem Wunsche befehle, den Großmächten ihre Ehrerbietung zu bezeugen, beehrte sich zu erklären, daß dieses neue Faktum nach ihrer Auffassung

#### Keineswegs eine Herausforderung

hinsichtlich der Entscheidung über das Schicksal Stutaris bedeute. Die Besignahme dieser Stadt nach der Kapitulation vom 2. April ist nur die logische und natürliche Folge des früheren Zustandes und der militärischen Operation, welche beschloffen und durchgeführt wurde auf Grund jener vollen und ganzen Aktionsfreiheit, welche die königliche Regierung mehr als einmal im Laufe dieses Krieges auf Grund der unverjährbaren Prinzipien des Völkerrechts nachdrücklich gefordert hat. Indessen ist die Regierung genötigt, die Aufmerksamkeit der Großmächte auf die Kundgebungen zu lenken, welche dem Einmarsch der montenegrinischen Truppen gefolgt sind und die nach dem Geständnis der unparteiischsten Zeugen nur eine Kette von Verstärkungen für die Richtigkeit jener These gewesen ist, welche die königliche Regierung in London hinsichtlich des unter der Bevölkerung Stutaris herrschenden Geistes aufstellte. Die

warme und einmütige Aufnahme der Montenegriner in Stutari, welche seitens aller Bevölkerungsschichten, welcher Konfession sie immer waren, der Armee bereitete wurde, sowie die vom Erzbischof von Stutari und der Geistlichkeit, den katholischen und muslimanischen Notabeln abgegebene Erklärung von Loyalität und Anhänglichkeit lassen keinen Zweifel über die Disposition der Bevölkerung Stutaris, welche von dem Wunsche befehle ist, eine sowohl vom politischen als wirtschaftlichen Gesichtspunkt für die Stadt vorteilhafte Annexion verwirklicht zu sehen. Diese unzweideutigen Beweise von Anhänglichkeit der Bevölkerung könnten wohl geeignet sein, die Ergebnisse der von den Großmächten auf Grund unzulänglicher Daten durchgeführten Untersuchung zu modifizieren. Angesichts dieser Sachlage und rücksichtlich der Gründe, welche die königliche Regierung loben auseinandergelegt hat und der erleuchteten Beurteilung der Großmächte unterbreitete, hat sie die Ehre zu erklären, daß sie der unter dem 8. April (21. April) den Großmächten gemachten Mitteilung treu bleibt und sich vorbehält, die Stutarifrage an dem Zeitpunkt anzuschneiden, wo im Laufe der Friedensverhandlungen mit der Türkei die verbündeten Balkanstaaten mit den Großmächten die definitive Festlegung der Grenzen Albanien erörtern werden.

öln, 2. Mai. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Berlin erfährt, hatte in der gestrigen Sitzung der Vorkonferenz anstehend eine Mitteilung des montenegrinischen Delegierten Popowitsch eine Rolle gespielt. Diese Mitteilung soll, allerdings in einigermaßen verklausulierter Form, die Möglichkeit der Räumung Stutaris behandelt haben. Man wird nähere Angaben abwarten müssen. Ebenfalls hat die von dem montenegrinischen Delegierten in der Sitzung der Vorkonferenz abgegebene Erklärung Anlaß dazu gegeben, nochmals einen schnellen Schritt in Cetinje vorzuschlagen. Dieser Schritt soll, wie man annimmt, die einseitige Ausrückung der montenegrinischen Regierung über ihre Absichten hinsichtlich Stutaris herbeiführen. Ein Ultimatum scheint der Vorschlag nicht einzuschließen. Ueber die Annahme des Vorschlags bei den Kabinetten, vor allem in Wien, ist einstweilen nichts bekannt.

### Der Ministerrat in Wien.

Wien, 2. Mai. Unter dem Vorsitz des Ministers des Äußern Grafen Berchtold begann um 11 Uhr Vormittags eine gemeinsame Ministerberatung, woran die gemeinsamen Minister, die beiderseitigen Ministerpräsidenten und die beiderseitigen Finanzminister teilnahmen.

Wien, 2. Mai. Nach einem heute ausgegebenen Communiqué hat der Minister des Äußeren, Graf Berchtold, in dem heutigen gemeinsamen Ministerrat nach Durchberatung verschiedener laienber Angelegenheiten ein ausführliches Exposé über den gegenwärtigen Stand der politischen Lage gegeben. An diese Darlegung hat sich eine eingehende Diskussion geknüpft, an der sich sämtliche Minister beteiligten und aus der sich eine völlig einheitliche Auffassung über die in der auswärtigen Politik einzuhaltenden Richtlinien für das weitere Vorgehen ergab.

#### „Die politische Situation ist unverändert.“

Wien, 2. Mai. Der Kommissar der Börse veröffentlichte an der Mittagsbörse folgendes offizielle Communiqué: Die politische Situation ist unverändert. Oesterreich-Ungarn nimmt den unveränderten Standpunkt ein, daß die europäischen Beschlüsse schärfstens durchzuführen werden müssen.

Wien, 2. Mai. Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, konnte hier selbstverständlich zu den Vorschlägen, welche in der gestrigen Vorkonferenz in London gemacht wurden, noch nicht definitiv Stellung genommen werden. Doch ist man hier nicht der Ansicht, daß die gestrige Sitzung der Vorkonferenz eine Aenderung der Situation herbeiführt habe. Es wird hier auf die den Vorkonferenzen in London offenbar noch nicht bekannt gegebene, mittlerweile erfolgte ablehnende Antwort auf den Schritt der Großmächte durch König Nikolaus, sowie auf das von der „Agence d'Athènes“ gemeldete Vorgehen Gjiard-Paschas in Tirana hingewiesen. Tatsachen, welche auf die Beurteilung der Situation gewiß nicht ohne Einfluß sein können.

Wien, 2. Mai. Das „Neue Wiener Tagblatt“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem Staatsmann, der an dem heutigen Ministerrat teilnimmt. Der Staatsmann habe erklärt, die Situation sei höchst kritisch. Die Politik Oesterreich-Ungarns sei, wie seit Beginn der ganzen Krise, klar und aufrichtig. Oesterreich-Ungarn habe aus seinen Absichten kein Geheimnis gemacht und werde nunmehr zu deren Verwirklichung gedrängt. Der heutige Ministerrat werde sich schon mit den finanziellen und militärischen Einzelfragen befassen, die sich auf die Durchführung dieser Absichten beziehen. Von den bevorstehenden militärischen Dispositionen werde der Ministerrat nur Kenntnis nehmen. Der Staatsmann hat die Hoffnung ausgesprochen, daß die militärische Aktion lokaler Natur bleiben würde. Was Italien betrifft, so könne er nach dem besten Wissen mitteilen, daß es mit Oesterreich-Ungarn gehen werde.

### Berchtold und Höbendorff.

Wien, 2. Mai. Entgegen den Nachrichten von einer angeblich zwischen dem Generalkonsul Conrad von Höbendorff und dem Grafen Berchtold bestehenden Antagonismus erzählt der Korrespondent der Berliner „Nationalzeitung“ von gut unterrichteter Seite, daß von irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten zwischen den führenden Persönlichkeiten der Monarchie gar keine Rede ist. Man ist sich in den maßgebenden Kreisen vollständig darüber einig, daß in dem Augenblick des Beginns der militärischen Maßnahmen nur die strategischen Gründe zu entscheiden haben. Vorkünftig ist nur das eine feststehend, daß nämlich die Pazifizierung Montenegro unter allen Umständen eine beschlossene Sache ist, und daß dieselbe, falls nicht ganz unerwartete Komplikationen in ihrem Verlaufe eintreten sollten, die heute selbstverständlich nicht zu übersehen sind, nur ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Berlin, 2. Mai. In Bestätigung unserer Originalmeldung (vgl. Abendausgabe) schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Die Pressezentrale verbreitet, Deutschland habe in Wien außerordentlich eindringlich von einem Einmarsch in Montenegro abgeraten, da die russische Regierung der deutschen Regierung die Erklärung abgab, daß sie einen Angriff auf Montenegro mit einer bewaffneten Neutralität, d. h. mit Konzentrierung von mindestens 300.000 Mann an der österreichischen Grenze, beantworten würde. Wir können feststellen, daß weder hier eine derartige russische Erklärung abgegeben ist, noch in Wien eine Warnung erteilt worden war. Die ganze Meldung ist erfunden. Als unrichtig zu bezeichnen ist auch die Meldung der „Daily Mail“, daß der deutsche und österreichisch-ungarische Vorkonferenz der Unterzeichnung des Friedensvertrages vor dem Abschluß der Stutarifrage abgeraten habe.

### Rußland für die Räumung Stutaris.

Wien, 2. Mai. Von gut unterrichteter Seite wird gemeldet, daß die Vertagung der Londoner Vorkonferenz auf Montag nur mit der Zustimmung des österreichischen Vorkonferenzers erfolgen konnte. Den Grund hierfür sucht man in einer Erklärung Rußlands, wonach Rußland die Räumung Stutaris durch die Montenegriner 48 Stunden nach der Aufforderung durchsetzen werde. Rußland fühlt sich einerseits den Mächten gegenüber durch das bekannte Communiqué über Stutari gebunden, andererseits will Rußland ein bewaffnetes Einschreiten Oesterreichs und Italiens, wenn irgend möglich, vermeiden sehen. Oesterreich will Kompensationen für Montenegro erst dann in Erwägung ziehen, wenn Stutari tatsächlich geräumt ist.

### Stellungnahme Englands für Oesterreich.

London, 2. Mai. In diplomatischen Kreisen wird betont, daß England, wenn es sich auch nicht zur direkten Teilnahme an einer eventuellen militärischen Aktion entschließen könnte, doch das Vorgehen Oesterreichs und Italiens durchaus billigen müsse, wenn also König Nikolaus nicht nachgeben sollte, so würden die Entschlüsse der beiden Mächte den englischen Anschauungen entsprechen.

### Essad erklärt die Autonomie Albanien unter türkischer Oberhoheit.

Athen, 2. Mai. Der „Agence d'Athènes“ wird aus Korfu gemeldet: Essad Pascha habe in Tirana eine Regierung gebildet, die Autonomie Albanien unter türkischem Protektorat proklamiert und die türkische, nicht albanische Flagge hissen lassen. Essad Pascha habe an den griechischen Metropolit von Durazzo einen Brief geschrieben, worin er erklärt, die albanische Regierung erkenne in der Person des Metropolit die Autorität der orthodoxen Kirche, die er schützen werde, an. Essad schließt mit der Erklärung, daß die albanische Regierung keineswegs Griechenland feindselig gesinnt sei, da sie ja als Nordgrenze von Epirus die Linie anerkenne, die bei Chimara beginne.

### Risita in splendide Isolation.

Belgrad, 2. Mai. In hiesigen Regierungskreisen wird erklärt, daß Serbien im Falle einer Aktion Oesterreich-Ungarns gegen Montenegro wegen Stutari sich neutral verhalten werde. (Armer Risita!)

### Notizen.

Berlin, 2. Mai. Die Behauptung, der Kaiser habe aus politischen Gründen auf die beabsichtigte Reise nach Wiesbaden verzichtet, ist vollständig unbegründet. In den Dispositionen des Kaisers ist keinerlei Aenderung eingetreten.

Wien, 2. Mai. Heute Nacht hat das Kriegsministerium Befehl erteilt, daß die in Castel Nuovo stehende Gebirgsbrigade, ferner die Brigaden in Zara und in Spalato auf Transportschiffen einzuschiffen seien.

Belgrad, 2. Mai. Die Skupstina trat heute wieder zusammen und nahm die Gesetzesvorlage betreffend Gültigkeit des vorjährigen Budgetgesetzes für das laufende Jahr in zweiter Lesung mit 75 gegen 39 Stimmen an.

Athen, 2. Mai. Der Minister des Äußeren nahm heute die von den Gesandten der Mächte überreichte Kollektivnote zur Kenntnis, welche besagt, daß die Mächte mit Genugtuung von der Antwort der Verbündeten auf die letzte Note und ihre Erklärung, daß sie die darin formulierten Friedensgrundlagen annehmen, Kenntnis genommen haben. Was jedoch den Vorbehalt bezüglich der Inseln und der albanischen Grenzen in der Antwort der Verbündeten betrifft, so machen die Mächte von neuem darauf aufmerksam, daß sie diese Fragen ausschließlich ihrer eigenen Zuständigkeit vorbehalten haben, daß folglich die Abtretung der Inseln seitens der Türkei nicht erwähnt werden dürfte, wie dies die Verbündeten im Paragraphen zwei ihrer Antwort täten. Die griechische Regierung wird in ihrer Antwort wahrscheinlich die Bevollmächtigten ernennen, die bereits in London sind.

## Deutsches Reich.

### Das Kronprinzenbuch.

Paris, 2. Mai. Die Zeitungen lassen sich von ihren Berliner Korrespondenten aus dem Militärarchiv des Kronprinzen ausführliche Auszüge geben und drucken die Stücke mit nur ganz kurzen Kommentaren ab.

„Exzellior“ schreibt: Nicht ohne Sorge sieht man dem Augenblick entgegen, an welchem der Kronprinz berufen sein wird, das Schicksal Deutschlands zu leiten. Bisher hat er noch nichts von der Friedensliebe gezeigt, der sein Vater so aufrichtig ergeben ist. Paris pu midi macht auf den Umstand aufmerksam, daß der Kronprinz gesagt hat, Deutschland müsse sich seinen Platz an der Sonne noch erobern, woraus zu schließen sei, daß dieser Platz augenblicklich noch von andern besetzt sei. Wer sind diese anderen? fragt das Blatt. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ meint, man kann finden, daß der junge Kronprinz ziemlich stürmisch veranlagt ist und daß das deutsche Schwert die Achse seiner Träume bildet. Zwischen Welsch und Lippe und zwischen Schwert und Blut ist allerdings noch ein gewisser Raum, aber die schneidigen Worte des Kronprinzen sollten bei uns doch beachtet werden.

### Ein drakonisches Urteil.

Kiel, 2. Mai. Das Kriegsgericht der ersten Marineinspektion verurteilte heute die Torpedomatrosen Hellenleben und Pomer vom Schulschiff „Friedrich Karl“ wegen militärischen Aufruhrs zu je fünf Jahren und einem Tage Zuchthaus, Entferrnung aus dem Heere und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Die beiden Matrosen hatten im Dezember auf einem Straßenbahnwagen einen Obermaat, der auf Witten des Straßenbahnfahrers ihre Namen feststellen sollte, mißhandelt.

Am 26. April wurde vom Kriegsgericht in Thorn ein Urteil gefällt, nach dem der Hauptmann Köhler neben anderen Vergehen wegen Mißhandlung Untergebener in 45 (hundertfünfundvierzig) Fällen zu sechs Monaten Festungshaft, der Feldwebel Kremin neben anderen Vergehen wegen Mißhandlung Untergebener in 58 (achtundfünfundfünfzig) Fällen zu sechs Wochen gelinden (!) Arrestes verurteilt wurden. Von einem Schutz unserer Soldaten vor diesen beiden Vorgelegten durch eine „Entferrnung aus dem Heere“ hat man in obigem Urteil nichts gelesen. — Die Härte des Urteils gegen die Matrosen muß angesichts der großen Wildheit bei Mißhandlungen Untergebener durch Vorgelegte desto schärfer und peinlicher zur Empfindung kommen. Die Red.

### Die Waisereunruhen in Ruffingen.

Wilhelmshaven, 2. Mai. Der Waisereunruhen trat gestern Morgen bei dem in der Nähe der preussisch-ostpreussischen Grenze gelegenen Vokal in Ruffingen zusammen. Auf Wilhelmshavener Seite stellten sich Schulente zur Sicherung des Verkehrs auf. Als sich der Zug der Bismarckstraße näherte, machte der Polizeikommissar mit lauter Stimme bekannt, daß das Betreten der Bismarckstraße, die zur Waisere führt, verboten sei, dagegen sei erlaubt, in die Bismarckstraße einzubiegen. Da die Menge das Verbot mit Lachen und höhnlischen Zurufen aufnahm und an der Straßenkreuzung der Verkehr sich in störender Weise staute, forderte der Kommissar auf, auseinanderzugehen, widrigenfalls von der Waisere Gebrauch gemacht werden müsse. Da die Menge keine Miene machte, der ersten Aufforderung zu folgen, wiederholte sie der Kommissar und befahl, als die Teilnehmer des Umzuges versuchten, die Schutzmannsstelle gewaltsam zu durchbrechen, mit blanker Waffe vor-